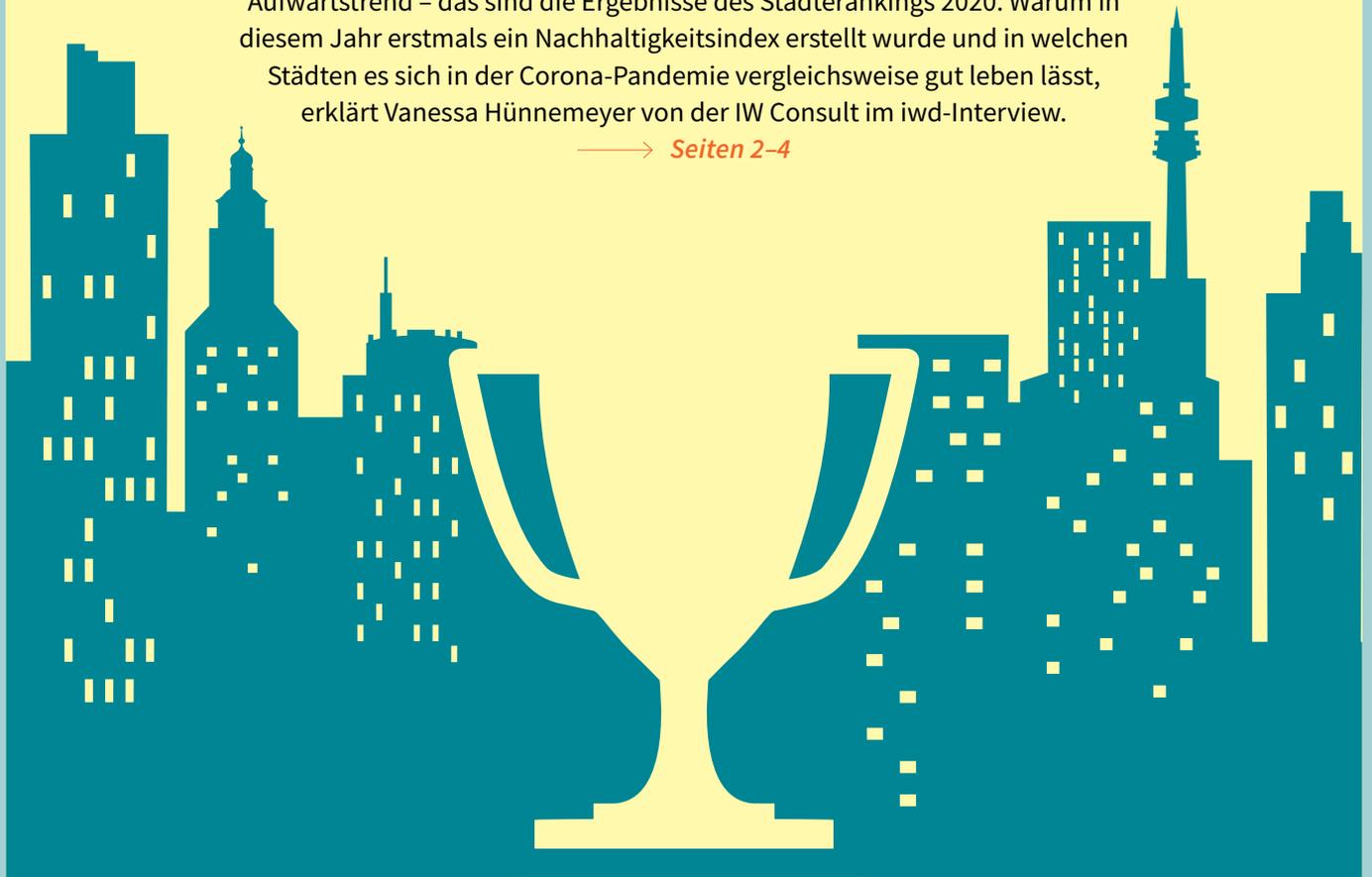


Deutschlands stärkste Städte

Städteranking. Süddeutschland weiter sehr gut, Westen und Norden im Aufwärtstrend – das sind die Ergebnisse des Städterankings 2020. Warum in diesem Jahr erstmals ein Nachhaltigkeitsindex erstellt wurde und in welchen Städten es sich in der Corona-Pandemie vergleichsweise gut leben lässt, erklärt Vanessa Hünne Meyer von der IW Consult im iwd-Interview.

—> [Seiten 2-4](#)



Freihandel

Die führenden Länder Ostasiens und des Pazifikraums haben das Handelsabkommen RCEP geschlossen – das größte der Welt und ein Ausrufezeichen Chinas.

—> [Seiten 6-7](#)

Einkommensteuer

Im nächsten Jahr werden die Steuerzahler in Deutschland spürbar entlastet. Dennoch gibt es beim Einkommensteuertarif auch nach 2021 noch Reformbedarf.

—> [Seiten 8-9](#)

Aufschwung im Westen und Norden

Städteranking. München bleibt weiter das Maß aller Dinge: Die bayerische Landeshauptstadt verteidigt ihren Spitzenplatz im Städteranking der IW Consult. Im Vergleich zum Vorjahr zeigt der Trend im Ruhrgebiet und im Norden nach oben.

An der Spitze nichts Neues: Wie bereits im vergangenen Jahr ist im Städteranking der IW Consult kein Vorbeikommen an München. Ob auf dem Arbeitsmarkt, beim Blick auf die Wirtschaft oder hinsichtlich der

allgemeinen Lebensqualität – überall schneidet die bayerische Landeshauptstadt im Niveauranking am besten ab (Grafik).

Das Siegertreppchen ist ohnehin fest in süddeutscher Hand, auf den

Plätzen zwei und drei folgen Ingolstadt und Stuttgart.

Dass München seinen Spitzenplatz bald abgeben wird, ist nicht zu erwarten, schließlich liegt die Stadt an der Isar diesmal auch im Dynamikranking, das die Entwicklung der vergangenen fünf Jahre widerspiegelt, vorn und löst Berlin als Spitzenreiter ab.

Mehr Bewegung gibt es dagegen im Mittelfeld. Vor allem zwei Regionen stechen positiv heraus (Grafik Seite 3):

Das Ruhrgebiet und die norddeutschen Großstädte haben sich im Vergleich zum vergangenen Jahr im Dynamikranking zum Teil deutlich verbessert.

Von den Ruhrgebietsstädten schneidet Dortmund mit Platz 16 am besten ab, eine Verbesserung zum Vorjahr um zehn Positionen. Ausschlaggebend sind eine bessere Integration auf dem Arbeitsmarkt und eine wachsende Beschäftigungsquote von Frauen sowie eine deutliche Verbesserung der Lebensqualität, unter anderem dank gesunkener Kriminalität.

Da auch Bochum, Essen, Oberhausen, Herne und Duisburg Plätze

Städteranking 2020: München dominiert

Für das Städteranking 2020 der IW Consult wurden 71 deutsche Großstädte anhand von mehr als 100 Indikatoren bewertet und in drei Rankings sortiert



Niveau: Punktzahl in den Bereichen Arbeitsmarkt, Wirtschaftsstruktur, Immobilienmarkt und Lebensqualität

Dynamik: Entwicklung in den zurückliegenden fünf Jahren

Nachhaltigkeit: Punktzahl in den Bereichen ökonomische, ökologische und soziale Nachhaltigkeit

	Niveau	Dynamik	Nachhaltigkeit
1.	München 68,4	München 61,9	Regensburg 59,4
2.	Ingolstadt 63,3	Berlin 61,4	Ingolstadt 58,6
3.	Stuttgart 62,9	Heilbronn 56,9	Heidelberg 57,4
4.	Erlangen 61,8	Erlangen 56,6	Wolfsburg 57,1
5.	Frankfurt/Main 60,6	Frankfurt/Main 56,3	Erlangen 56,5

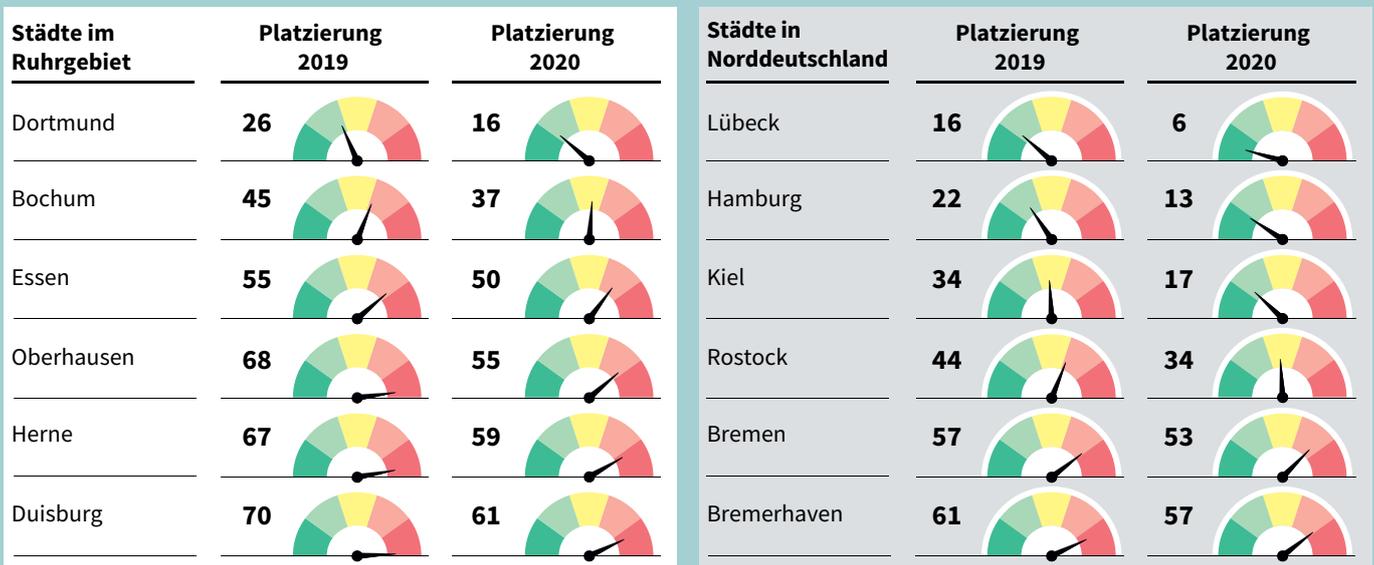
Punkte: eine Stadt, die bei allen Indikatoren jeweils den Durchschnittswert erreicht, käme auf eine Punktzahl von 50

Quelle: IW Consult
© 2020 IW Medien / iwd

iwd

Dynamikranking: Trendwende im Ruhrgebiet und in Norddeutschland

Für das Städteranking 2020 der IW Consult wurden 71 deutsche Großstädte anhand von mehr als 100 Indikatoren bewertet. Das Teil-Ranking „Dynamik“ bildet die Entwicklung in den vergangenen fünf Jahren ab.



Quelle: IW Consult
© 2020 IW Medien / iwd

iwd

gutmachen konnten, deutet sich im Ruhrgebiet, das in den vergangenen Jahren stets im hinteren Teil des Städterankings zu finden war, insgesamt eine Trendwende an. Und die Aussichten auf eine dauerhafte Verbesserung sind gut: Sowohl der günstige Immobilienmarkt als auch die überdurchschnittlich ausgeprägte Gründerkultur bieten Raum für weiteres Wachstum in der Metropolregion.

Auch der Trend im Norden zeigt in die richtige Richtung.

Das norddeutsche Aushängeschild ist Lübeck auf Rang sechs des Dynamikrankings, zehn Plätze besser als 2019.

Die sehr gute Platzierung resultiert unter anderem aus einer Verbesserung der Krankenhausbettdichte, einer gestiegenen Zahl an Gästeübernachtungen und einer höheren Betreuungsquote bei den Drei- bis Sechsjährigen.

Hamburg schafft es auf Platz 13 (Vorjahr: 22). Den größten Sprung machte Kiel von 34 auf 17. Im hohen Norden sind die Steuereinnahmen pro Kopf gestiegen und die Jugendarbeitslosigkeit gesunken.

Auch Rostock konnte sich verbessern – von Rang 44 auf 34. Bremen und Bremerhaven liegen im Ranking zwar deutlich weiter hinten, konnten aber ebenfalls Plätze gutmachen.

Die dynamische Entwicklung der sechs Nordlichter lässt darauf hoffen, dass sich ein Gegenpol zu den starken südlicheren Metropolregionen rund um München, Stuttgart und Frankfurt bilden könnte.

Neben Niveau- und Dynamikranking haben die Forscher der IW Consult in diesem Jahr zum ersten Mal einen Nachhaltigkeitsindex erstellt. In die Bewertung sind verschiedene Indikatoren zur

nachhaltigen Ökonomie, zur Ökologie und zu Sozialem eingeflossen. Der Sieger kommt auch hier aus Bayern:

Regensburg belegt im Nachhaltigkeitsranking den ersten Platz.

Die Stadt an der Donau verfügt unter anderem mit 13,1 Ladepunkten je 10.000 Einwohner über die beste Versorgung mit Elektrotankstellen.

Auf Rang zwei landet Ingolstadt. Ausschlaggebend hierfür ist nicht zuletzt die installierte Solarleistung pro Kopf. Hier setzt sich Ingolstadt gegen alle anderen Großstädte durch.

Heidelberg auf Rang drei kann mit vielen Hightech-Gründungen und Forschungsinstituten punkten. Die weiteren Spitzenpositionen belegen Wolfsburg und Erlangen. Auffällig: Alle fünf erreichen eine überdurchschnittliche kommunale Steuerkraft (siehe Interview Seite 4).

„Nachhaltige Projekte kann jeder angehen“

Interview. Was München so einzigartig macht, welche Stadt in Corona-Zeiten besonders lebenswert ist und was es mit dem neuen Nachhaltigkeitsindex im Städteranking auf sich hat, erläutert **Vanessa Hünнемeyer**, Consultant in der IW Consult, im iwd-Interview.



Foto: IW Medien

München dominiert seit Jahren das Städteranking der IW Consult. Was macht die bayerische Landeshauptstadt so stark?

In München trifft eine gute Wirtschafts- und Arbeitsmarktlage auf eine hohe Lebensqualität. München bietet attraktive Erwerbsmöglichkeiten, exzellente Forschung und abwechslungsreiche Freizeitangebote. Nach einem Arbeitstag noch eine Erfrischung im Biergarten oder bei zeitgenössischer Kunst neue Inspiration finden? In München kein Problem. Unterm Strich stimmt einfach das Gesamtpaket.

Ist Münchens Entwicklung historischer Zufall oder das Produkt guter Politik?

Beides: Erstens hat Bayern die Gelder aus dem Finanzausgleich in den 1960er und 1970er Jahren klug investiert. Zweitens schafft die bayerische Politik sehr gute Rahmenbedingungen – zum Beispiel durch ein groß angelegtes Breitbandförderprogramm.

Und welche Region bereitet Ihnen gerade die größten Sorgen?

Das Ruhrgebiet ist seit Jahren eher schwach. Allerdings sehen wir dort gerade eine große Dynamik. Die Städte im Pott werden im Niveauran-

king mittelfristig aufsteigen, wenn sie die Weichen jetzt richtig stellen.

Corona hat den Alltag in Deutschland verändert. In welchen Städten lässt es sich unter den gegenwärtigen Bedingungen am besten leben?

Um das abzuschätzen, haben wir uns drei Indikatoren angesehen: den Breitbandausbau, der effektives Arbeiten von daheim ermöglicht, die Kinderbetreuungsquote und die Nähe zur Natur.

Besonders gute Voraussetzungen hat Potsdam. Es ist die einzige Stadt, die in allen Bereichen unter den Top 15 landet. Unter Corona-Gesichtspunkten schneiden außerdem Bonn, Dresden, Wolfsburg und Berlin gut ab.

In diesem Jahr haben Sie einen Nachhaltigkeitsindex eingeführt. Warum?

In der Gesellschaft gibt es ein wachsendes Bewusstsein für Klima- und Umweltfragen. Dem wollten wir mit unserem neuen Ranking Rechnung tragen. Wir haben uns dabei aber nicht nur auf Klima und Umwelt fokussiert, sondern ein Ranking im Sinne eines umfassenden Nachhaltigkeitsgedankens erstellt.

Die Ergebnisse des Nachhaltigkeitsindex zeigen, dass die gut

platzierten Städte meist auch eine hohe Steuerkraft haben. Braucht es erst mal eine solide Einnahmehbasis, um sich nachhaltiges Wirtschaften leisten zu können?

Nicht unbedingt. Eine hohe Steuerkraft gibt einer Kommune natürlich finanziellen Spielraum, um in zukunftsrelevante Projekte zu investieren. Mit dem Geld können Radwege gebaut, die Wirtschaftsförderung für Start-ups verbessert, das Glasfasernetz ausgebaut oder die Gewerbeflächenentwicklung vorangetrieben werden. Städte, die einem Haushaltsnotstand ausgesetzt sind wie im Ruhrgebiet, haben es deutlich schwerer, in die Spur zu kommen, als Städte mit soliden Finanzen.

Gleichzeitig gibt es aber auch bei geringem finanziellen Spielraum viele Möglichkeiten und Anreize, um die Weichen für mehr Nachhaltigkeit zu stellen – etwa durch die Installation von Ladesäulen. Nicht zuletzt bestehen auch viele Förderprojekte auf Bundes- und Landesebene, um die Nachhaltigkeit zu stärken.

Für klamme Kommunen gilt es also, mit kleineren Maßnahmen zu beginnen und sich Stück für Stück zu steigern. Nachhaltige Projekte kann jeder angehen.

Investitionen oft nur Papiertiger

Staatsfinanzen. Mit den beiden Nachtragshaushalten werden die Investitionen des Bundes im Jahr 2020 deutlich steigen. Ein großer Teil der zusätzlichen Ausgaben dürfte jedoch das Wachstum kaum ankurbeln – die zukunftswirksamen inländischen Bau- und Sachinvestitionen werden vernachlässigt.

Marode Autobahnen und Brücken, der nur langsam voranschreitende Breitbandausbau und ein überlastetes Schienenverkehrsnetz: Der Zustand der öffentlichen Infrastruktur in Deutschland ist ein viel diskutiertes Thema. Institutionen wie das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie sprechen sich deshalb bereits seit Jahren für eine deutliche Erhöhung der staatlichen Investitionen aus.

Zwar sind die Investitionsausgaben auf Bundesebene zwischen 2014 und 2019 tatsächlich um insgesamt rund 9 Milliarden Euro auf 38,1 Milliarden Euro gestiegen. Und mit Mehrausgaben in Höhe von etwa 33 Milliarden Euro will der Bund bis zum Ende des laufenden Jahres die Investitionen im Vergleich zu 2019 um gut 87 Prozent erhöhen.

Enthalten sind darin allerdings bereits die geplanten investiven Ausgaben aus beiden nachträglichen Erhöhungen des Bundeshaushalts für dieses Jahr. So finanziert der zweite Nachtragshaushalt vor allem jenes Konjunkturpaket aus dem Juni, mit dem die Bundesregierung die Folgen der Corona-Krise abfedern will. Das Paket enthält unter anderem sogenannte Zukunftsausgaben in Höhe von 50 Milliarden Euro – diese erstrecken sich allerdings über mehrere Jahre, schon in der Haushaltsplanung für 2021 sind die Sondereffekte deswegen wieder abgeschwächt.

Betrachtet man die Investitionspläne des Bundes genauer, zeigt sich zudem: Ein großer Teil davon setzt sich aus finanziellen Beteiligungen und Darlehen zusammen, die kaum

wachstumswirksam sein dürften. Damit kommen viele wichtige Investitionen zu kurz (Grafik):

Der Anteil der inländischen Bau- und Sachinvestitionen an allen für 2020 geplanten Investitionsausgaben beträgt lediglich 55 Prozent.

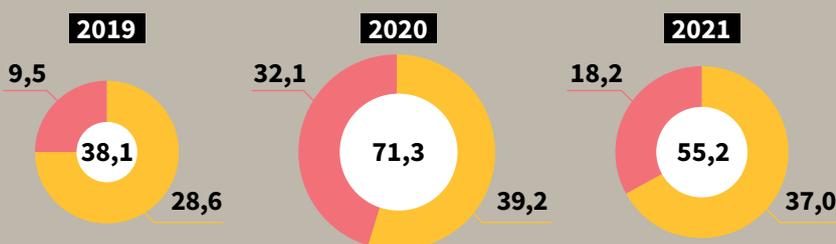
Das auf den ersten Blick beachtliche Plus bei den Investitionen des Bundes schrumpft so auf ein Drittel der ursprünglichen Summe zusammen. Zwar fließen im Rahmen des Konjunkturpakets bis zum Jahresende noch zusätzliche 26,2 Milliarden Euro in den als Sondervermögen ausgewiesenen Energie- und Klimafonds (EKF) des Staates, allerdings sind auch hier Abstriche zu machen: So sind allein 11 Milliarden Euro davon als Zuschüsse zur Entlastung beim Strompreis eingepplant.

Weitere Anteile des EKF könnten aber für wachstumswirksame Investitionen verwendet werden, beispielsweise zur Weiterentwicklung der Elektromobilität. Der Fonds ist somit grundsätzlich ein Erfolg versprechender Ansatz, um Investitionen auch längerfristig zu erhöhen. Wie effektiv dessen Umsetzung ist, bleibt aber abzuwarten. Derzeit sind die öffentlichen Investitionen des Bundes noch ohne zukunftswirksame Kraft.

Viele Investitionen kraftlos

Investitionsausgaben des Bundes in Milliarden Euro

■ Inländische Bau- und Sachinvestitionen ■ Finanzielle Beteiligungen und Darlehen ■ Insgesamt



2020, 2021: geplante Ausgaben; inländische Bau- und Sachinvestitionen: einschließlich Investitionszuweisungen an den öffentlichen Bereich und Zuschüsse für Investitionen im Inland; finanzielle Beteiligungen und Darlehen: einschließlich Inanspruchnahme aus Gewährleistungen und Zuschüsse für Investitionen im Ausland

Quelle: Bundesministerium der Finanzen
© 2020 IW Medien / iwd

iwd

IW-Kurzbericht 113/2020

Markos Jung, Thomas Obst: Kein Wumms bei öffentlichen Investitionen
iwkoeln.de/Staatsinvestitionen

Ein Elefant namens RCEP

Freihandel. Die führenden Länder Ostasiens und des Pazifikraums haben vor wenigen Wochen das weltgrößte Handelsabkommen geschlossen. Auch China ist mit von der Partie und macht sich so unabhängiger von seinen Handelspartnern im Westen.

Als Mitte November 2020 in der vietnamesischen Hauptstadt Hanoi das größte Freihandelsabkommen der Welt unterzeichnet wurde, waren selbst viele Ökonomen überrascht: Sie hatten schlicht nicht damit gerechnet, dass sich die 15 beteiligten Länder nach acht Jahren Verhandlungszeit mitten in der Pandemie auf einen 500-seitigen Vertragstext einigen würden, der den etwas sperrigen Namen „Regional Comprehensive Economic Partnership“, kurz RCEP, trägt.

Neben China gehören die zehn südostasiatischen ASEAN-Staaten Indonesien, Vietnam, Thailand, Philippinen, Singapur, Brunei, Malaysia, Laos, Myanmar und Kambodscha sowie Australien, Japan, Neuseeland und Südkorea zu den Unterzeichnern.

Ursprünglich war auch Indien mit von der Partie, doch Premier Narendra Modi ist vergangenes Jahr aus den Verhandlungen ausgestiegen. Er befürchtete, dass sein Land mit Billigprodukten aus China

überschwemmt werden könnte und die vielen Millionen indischen Kleinhändler um ihre Existenz bangen müssten.

Doch selbst ohne Indien bilden die übrigen 15 Länder einen großen Teil der globalen Bevölkerung und Wirtschaftsleistung ab (Grafik):

Die in den RCEP-Ländern lebenden 2,2 Milliarden Menschen erwirtschaften jährlich fast 26 Billionen Dollar, das entspricht annähernd 30 Prozent des weltweiten nominalen Bruttoinlandsprodukts.

Damit ist das neue asiatisch-pazifische Freihandelsabkommen schon heute das größte der Welt. Und es dürfte weiter an Bedeutung zulegen: Der Internationale Währungsfonds geht davon aus, dass sich der Anteil der 15 RCEP-Mitgliedsländer an der globalen Wirtschaftsleistung bis zum Jahr 2024 um 3 Prozentpunkte auf rund 33 Prozent erhöhen wird.

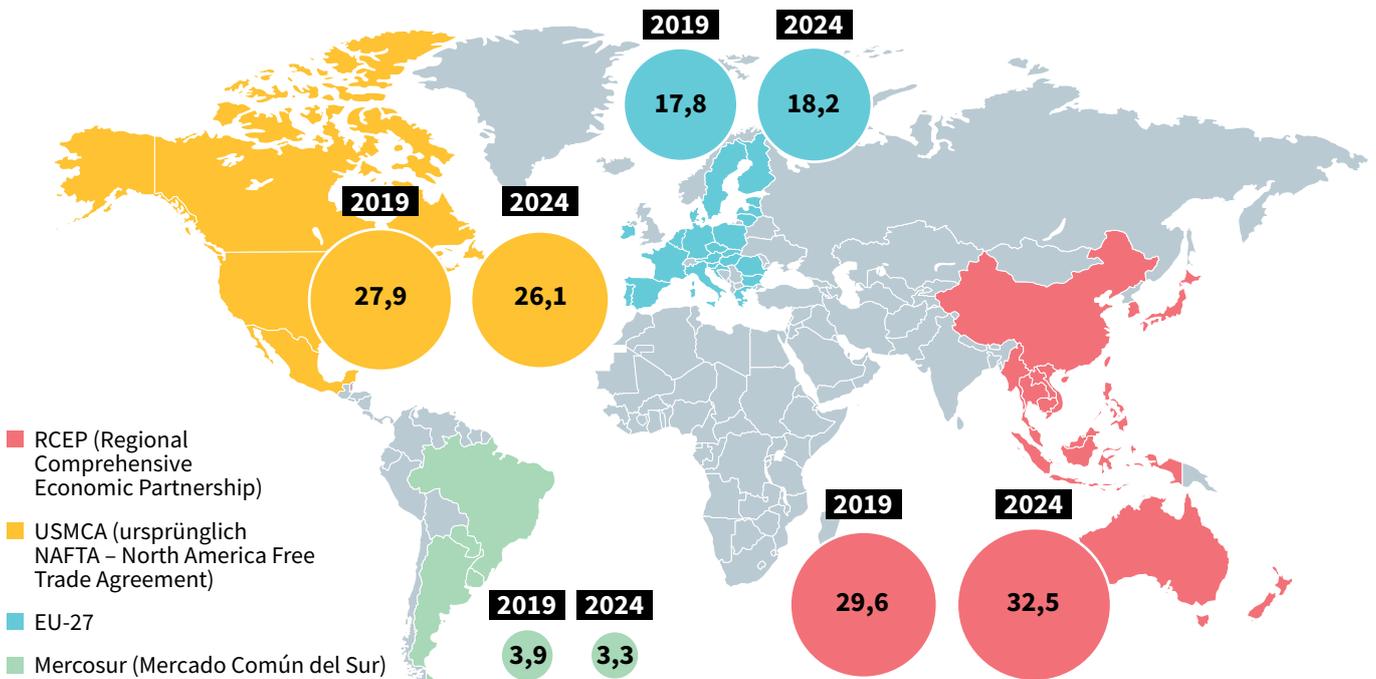
Auch aus politischer Perspektive ist das neue Handelsabkommen von

Interesse. China ist zum ersten Mal einem plurilateralen Freihandelsabkommen beigetreten. Außerdem ist es das erste Abkommen, das Peking mit Japan und Südkorea eingeht, den beiden anderen großen Volkswirtschaften der Region. Zusammen mit Australien und Neuseeland sind insgesamt vier Länder dem Abkommen beigetreten, die politisch mit den USA eng verbunden sind.

Aus ökonomischer Sicht sollte das RCEP-Abkommen allerdings nicht überbewertet werden. Zwar werden innerhalb von 20 Jahren die Zölle für fast 90 Prozent der Güter wegfallen, doch Freihandelsverträge der EU zielen üblicherweise auf eine 99-prozentige Zollverringerung ab. Zudem bleiben in dem neuen Freihandelsvertrag viele Handelsbarrieren für die Landwirtschaft und den Dienstleistungssektor weitgehend bestehen – so hat beispielsweise Japan darauf bestanden, dass politisch sensible Agrarprodukte wie Reis, Rind- und Schweinefleisch,

Die Macht des Warenhandels

Anteil ausgewählter Freihandelszonen am weltweiten nominalen Bruttoinlandsprodukt in Prozent



2024: Prognose

Quellen: Internationaler Währungsfonds, Statista
© 2020 IW Medien / iwd

Milchprodukte, Zucker und Getreide sowie Fischereierzeugnisse weiterhin mit hohen Einfuhrzöllen belegt werden; auch Umwelt-, Arbeits- und Menschenrechtsstandards kommen im Vertragswerk kaum vor.

Vor allem die Harmonisierung der Ursprungsregeln, die bestimmen, für welche Waren die Zollvorteile eines Handelsabkommens gelten, dürfte den Warenaustausch unter den 15 Vertragspartnern erheblich erleichtern und die regionalen Wertschöpfungsketten stärken. Gleichzeitig werden die RCEP-Länder nicht mehr in so hohem Maße darauf angewiesen sein, Güter nach Europa oder in die

USA zu exportieren – deren Handelsanteil in der Region dürfte leicht zurückgehen.

Durch die Corona-Krise ist das Handelsvolumen zwischen China und der Europäischen Union in den ersten sechs Monaten dieses Jahres ohnehin bereits um 2 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum gesunken, der Warenverkehr mit den USA schrumpfte aufgrund des Handelskonflikts sogar um mehr als 6 Prozent. Der Handel zwischen China und den ASEAN-Staaten stieg dagegen im ersten Halbjahr um mehr als 5 Prozent auf knapp 300 Milliarden Dollar. Damit ist nicht mehr die EU, sondern der ASEAN-

Staatenbund der wichtigste Handelspartner der Volksrepublik.

Unklar ist bislang, wann das neue Vertragswerk in Kraft tritt. Geplant ist, dass das größte Freihandelsabkommen der Welt im kommenden Jahr von den Mitgliedsländern ratifiziert werden soll. Es könnte dann Anfang 2022 in Kraft treten. Die EU hat bereits bilaterale Handelsabkommen mit den ASEAN-Staaten Singapur und Vietnam, außerdem mit Japan und Südkorea; und sie verhandelt noch mit Australien und Neuseeland. Darüber hinaus sollte sie baldmöglichst zumindest ein einfaches Handelsabkommen mit ASEAN insgesamt schließen.

Der Bauch muss weg

Einkommensteuer. Im kommenden Jahr können sich die Bundesbürger auf deutlich mehr Netto vom Brutto freuen. Vor allem der weitgehende Abbau des Solidaritätszuschlags entlastet die Steuerzahler. Dennoch sollte sich die Politik keinesfalls entspannt zurücklehnen – auch nach 2021 gibt es beim Einkommensteuertarif einigen Reformbedarf.

In Corona-Zeiten sind gute Nachrichten rar. Umso mehr dürfte es die Einkommensteuerzahler in Deutschland freuen, dass sie im nächsten Jahr spürbar entlastet werden. Dies geschieht im Wesentlichen auf drei Wegen:

Erstens gleicht die Bundesregierung die sogenannte kalte Progression aus. Dahinter steckt der Effekt, dass Arbeitnehmer, deren Gehalt sich im Gleichschritt mit der Inflationsrate erhöht und damit real lediglich konstant bleibt, aufgrund des progressiv ausgestalteten Steuertarifs trotzdem mit einem höheren Durchschnittssatz besteuert werden. Um dies zu kompensieren – dazu hatte sich die Große Koalition 2017 für die gesamte Legislaturperiode

verpflichtet –, steigt der Grundfreibetrag zum 1. Januar 2021 von 9.408 auf 9.744 Euro; der übrige Tarifverlauf wird um gut 1,5 Prozent verschoben.

Zweitens wird das Kindergeld um 15 Euro je Kind erhöht – für die ersten beiden Kinder zum Beispiel steigt es von 204 auf 219 Euro, ein Plus von 7,4 Prozent. Der Kinderfreibetrag wird um den gleichen Prozentsatz auf 8.388 Euro angehoben.

Drittens fällt für die meisten Einkommensteuerzahler ab 2021 der Solidaritätszuschlag weg. So muss ein alleinstehender Arbeitnehmer bis zu einem zu versteuern den Einkommen von knapp 62.000 Euro gar keinen Soli mehr entrichten, im Bereich zwischen 62.000 und 96.000 Euro fällt der Soli nur noch zum Teil an.

Zwar stehen all diesen Vorteilen für die Steuerzahler steigende Sozialversicherungsbeiträge gegenüber, doch unterm Strich profitieren die meisten deutlich (Grafik Seite 9):

Je nach Einkommen zahlt ein Single im kommenden Jahr teils über 1.000 Euro weniger an Einkommensteuer, Solidaritätszuschlag und Sozialbeiträgen als 2020, eine Familie mit zwei Kindern spart maximal gut 2.500 Euro.

Der Effekt durch den Soli-Abbau ist so stark, dass für eine Reihe von Einkommensgruppen die steuerliche Entlastung 2021 höher ist als im gesamten Zeitraum 2017 bis 2020.

Insgesamt kommt so für die Jahre 2017 bis 2021 auch gemessen am Bruttoeinkommen eine beachtliche Steuerersparnis zusammen (Grafik):

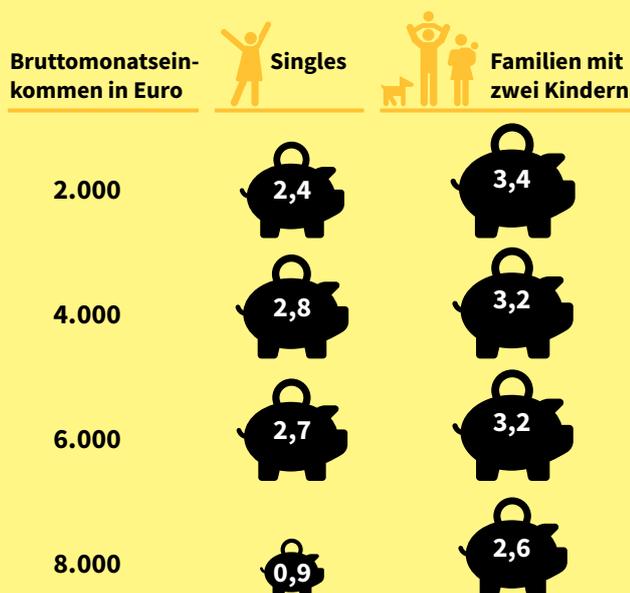
Für die meisten Singles verringert sich die Belastung des Einkommens mit Steuern und Sozialbeiträgen gegenüber 2017 um etwa 2,4 bis 2,8 Prozent, bei einer vierköpfigen Familie sind es sogar mehr als 3 Prozent.

All dies sind allerdings nominale Berechnungen, die Preis- und Lohnsteigerungen außer Acht lassen. In realer Rechnung ist die Steuerbelastung für Durchschnittsverdiener in den Jahren 2017 bis 2019 leicht gestiegen, da die

Steuerentlastung:

Familien sparen mehr als Singles

Entlastung bei der Einkommensteuer im Jahr 2021 gegenüber 2017 in Prozent des Bruttomonatseinkommens



Familien: unter der Annahme, dass ein Partner zwei Drittel und der andere ein Drittel zum Bruttohaushaltseinkommen beiträgt

Quellen: Deutscher Bundestag, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2020 IW Medien / iwd

iwd

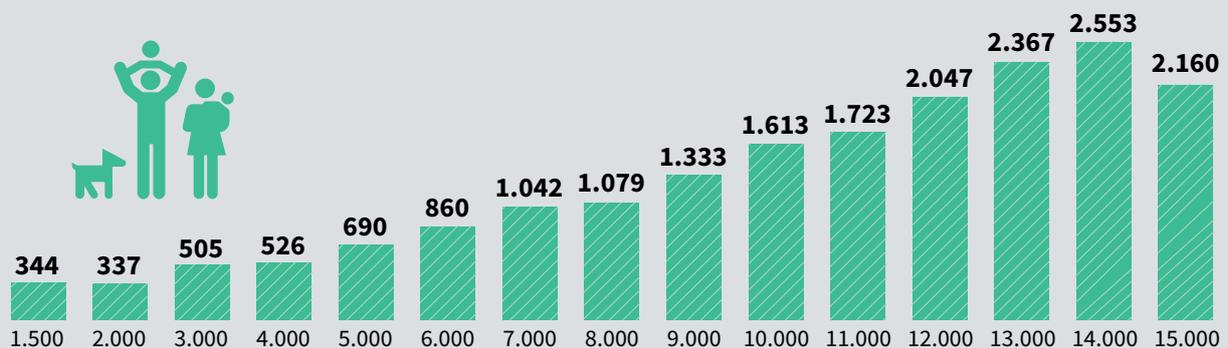
Einkommensteuer: 2021 wird's günstiger

Um so viel Euro werden ... mit diesem Bruttomonatseinkommen bei der Einkommensteuer im Jahr 2021 gegenüber 2020 entlastet

... Singles



... Familien mit zwei Kindern



Familien: unter der Annahme, dass ein Partner zwei Drittel und der andere ein Drittel zum Bruttohaushaltseinkommen beiträgt

Quellen: Deutscher Bundestag, Institut der deutschen Wirtschaft

© 2020 IW Medien / iwd

iwd

Lohnerhöhungen über der allgemeinen Teuerungsrate lagen und die Politik den Einkommensteuertarif lediglich um die Inflationsrate verschoben hat. Im kommenden Jahr werden die Steuerzahler aber auch real entlastet – zum einen wegen des Soli-Abbaus, zum anderen, weil die Löhne aufgrund der Corona-Krise derzeit kaum oder gar nicht steigen und der progressive Steuertarif die nominalen Entlastungen nicht wieder auffrisst.

Die für viele Bundesbürger vorteilhaften Steueränderungen im Jahr 2021 dürfen allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, dass es die Bundesregierung auch in dieser Legislaturperiode nicht gewagt hat, die Einkommensteuer grundlegend zu reformieren. Dabei ist der Handlungsbedarf an mehreren Stellen offensichtlich:

Der sogenannte Mittelstandsbauch, der sich aus dem oberhalb des Grundfreibetrags steil ansteigenden Tarifverlauf ergibt, führt dazu, dass mittlere Einkommen mit hohen Grenzsteuersätzen belastet werden. Dies vermindert den Anreiz, die Erwerbstätigkeit auszudehnen oder durch Qualifizierung ein höheres Gehalt anzustreben.

Der Spitzensteuersatz von 42 Prozent greift derzeit bereits ab einem zu versteuernden Jahreseinkommen von gut 57.000 Euro. Damit wird er seinem Namen nicht gerecht, weil er breite Bevölkerungsschichten belastet:

Zurzeit zahlen schätzungsweise mehr als vier Millionen Personen den Spitzensteuersatz auf einen Teil ihres Einkommens.

Eine Reformoption wäre, den Mittelstandsbauch abzuflachen, indem der erste Knick im Steuertarifverlauf bei einem deutlich höheren Einkommen einsetzt als bisher, den Spitzensteuersatz erst ab 75.000 Euro greifen zu lassen und den bisher sprunghaft ab gut 270.000 Euro geltenden Reichensteuersatz von 45 Prozent in den Tarifverlauf zu integrieren. All dies würde allerdings das Steueraufkommen um rund 32 Milliarden Euro reduzieren. Würden der Spitzensteuersatz auf 45 Prozent und der Reichensteuersatz auf 48 Prozent erhöht, ließen sich die Mindereinnahmen auf 24 Milliarden Euro beschränken. Dies mag für den Staat in der momentanen Corona-Krise als nicht verkraftbar erscheinen, dennoch sollte sich die Bundesregierung in der nächsten Legislaturperiode der Reformaufgabe stellen.

IW-Report 60/2020

Martin Beznoska, Tobias Hentze: Entlastung der Steuerzahler in der aktuellen Legislaturperiode

iwkoeln.de/steuerentlastung

Kinder kriegen die Leute nimmer

Europäische Union. Schon in den vergangenen 25 Jahren ist die Zahl der Minderjährigen in der EU deutlich zurückgegangen. Und die Geburtenzahlen versprechen keine Besserung. Mit Ausnahme von Irland, Luxemburg und Frankreich sind sie in allen Mitgliedsstaaten rückläufig, die Spanne ist allerdings sehr groß.

Als Deutschland Ende der 1950er Jahre über eine große Rentenreform diskutierte, sagte der damalige Bundeskanzler Konrad Adenauer den inzwischen legendären Satz: „Kinder kriegen die Leute immer.“

Längst ist klar, dass das ein großer Irrtum war – und welche Folgen ein Mangel an Kindern hat. Denn sie sind die Arbeitskräfte von morgen, sie finanzieren mit ihren Steuern den Staat und über ihre Beiträge die gesetzlichen Sozialversicherungen. Nicht nur in Deutschland gerät dieses System zunehmend an seine Grenzen, denn fast in der gesamten EU-27 entscheiden sich die Menschen immer öfter, keine Kinder zu bekommen:

EU-weit ist die Zahl der unter 18-Jährigen von 1994 bis 2019 um gut 15 Prozent zurückgegangen.

Die Entwicklungen in den einzelnen Ländern waren jedoch extrem unterschiedlich. Die Spanne reicht von plus 39 Prozent in Luxemburg bis zu minus 48 Prozent in Litauen. In Deutschland lag das Minus mit gut 14 Prozent etwas unter dem EU-Durchschnitt.

Auch mit Blick auf verschiedene Altersgruppen driften die EU-Länder zum Teil stark auseinander:

Unter Sechsjährige. Während die Zahl der unter Sechsjährigen von 1994 bis 2019 in Luxemburg um fast

27 Prozent und in Irland um rund ein Fünftel gestiegen ist und Belgien, Spanien sowie Schweden zumindest kleine Zuwächse hatten, gingen die Zahlen in den anderen 22 EU-Ländern zurück. Am größten war das Minus mit fast 45 Prozent wiederum in Litauen – in Deutschland betrug der Rückgang knapp 12 Prozent.

Betrachtet man jedoch nur die vergangenen zehn Jahre, hellt sich das Bild etwas auf: Immerhin zwölf der 27 EU-Länder verzeichneten von 2009 bis 2019 einen Anstieg; Deutschland hatte mit gut 12 Prozent nach Malta, Luxemburg und Schweden den viertgrößten Zuwachs an unter Sechsjährigen.

Zwölf- bis 17-Jährige. Bei den Minderjährigen, die dem Eintritt ins Arbeitsleben am nächsten stehen, zeigt sich für die Jahre 1994 bis 2019 noch eine ähnliche Entwicklung wie bei den unter Sechsjährigen: Nur sechs EU-Staaten hatten am Ende des Zeitraums mehr Zwölf- bis 17-Jährige als am Anfang, alle anderen weniger.

In der kürzeren Zehnjahresfrist jedoch fehlt bei den Zwölf- bis 17-Jährigen ein positiver Impuls wie bei den Jüngsten: Nur acht EU-Länder verzeichneten zwischen 2009 und 2019 Zuwächse – und die waren mit 0,5 bis knapp 11 Prozent zudem wesentlich geringer. EU-weit betrug

der Rückgang in dieser Altersgruppe fast 5 Prozent, in Deutschland waren es 8 Prozent.

Die zuvor skizzierten Trends führen dazu, dass die unter 18-Jährigen in den EU-Ländern oft nur noch eine recht kleine Minderheit sind. Dies gilt auch und ganz besonders für Europas größte Volkswirtschaft (Grafik):

Nur in Lettland und Italien war der Anteil der Minderjährigen an der Bevölkerung 2019 noch kleiner als in Deutschland, wo 16,4 Prozent der Einwohner jünger als 18 Jahre waren.

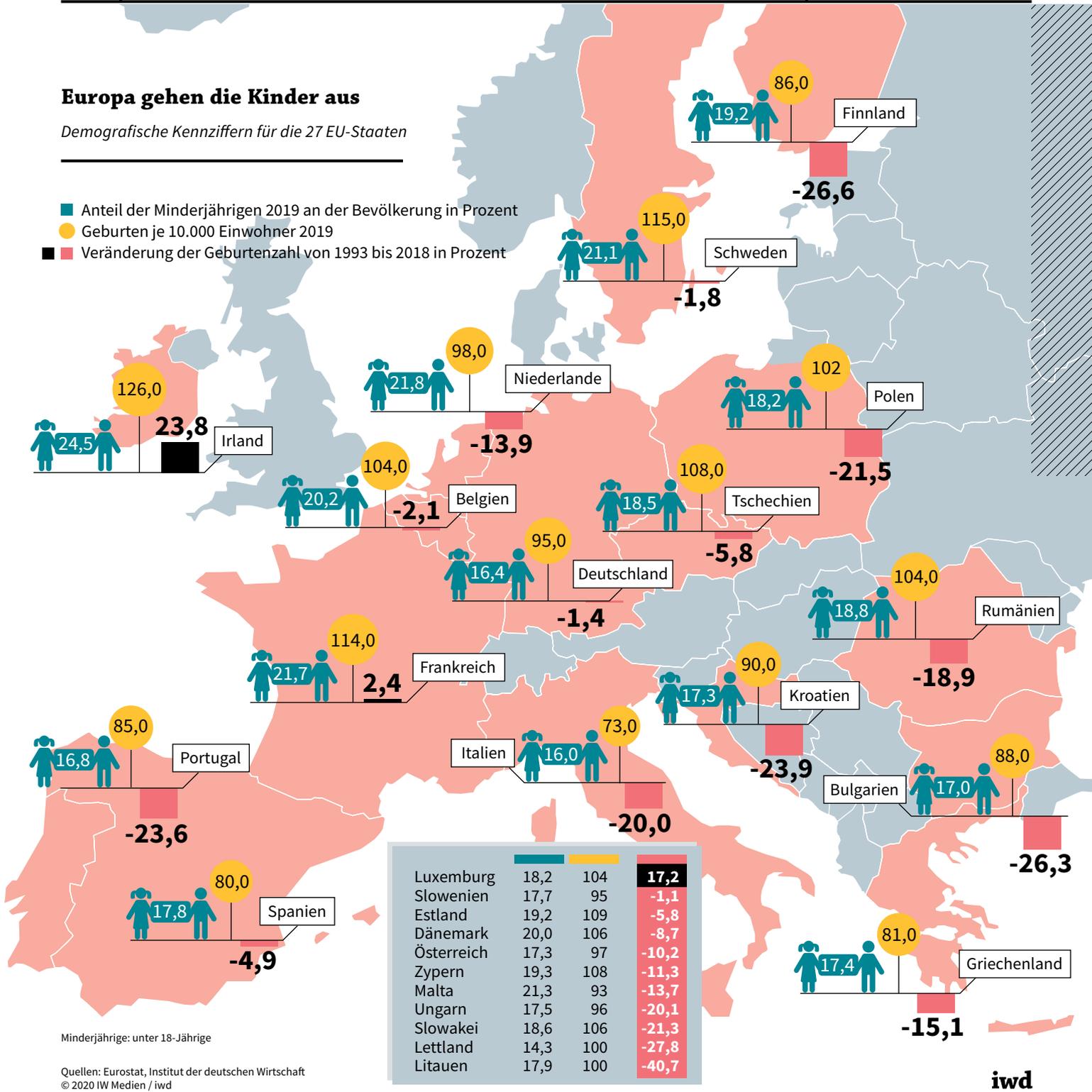
Wie es mit dem Kindersegen in der EU weitergeht, lässt ein Blick in die Geburtenstatistik erahnen, auch wenn die EU-weiten Daten hier nur bis zum Jahr 2018 reichen.

Das EU-Land mit der niedrigsten Geburtenrate ist ausgerechnet das einst so kinderliebende Italien, wo 2018 auf 10.000 Einwohner nur 73 Geburten kamen. Mit Spanien und Griechenland folgen zwei weitere Südländer. Am anderen Ende des Baby-Rankings finden sich Irland, Frankreich und Estland, wo zwischen 109 und 126 Geburten pro 10.000 Einwohner gezählt wurden. Deutschland liegt mit 95 Geburten trotz der positiven Entwicklung in den vergangenen Jahren nur auf dem Niveau des EU-Durchschnitts.

Europa gehen die Kinder aus

Demografische Kennziffern für die 27 EU-Staaten

- Anteil der Minderjährigen 2019 an der Bevölkerung in Prozent
- Geburten je 10.000 Einwohner 2019
- Veränderung der Geburtenzahl von 1993 bis 2018 in Prozent



Minderjährige: unter 18-Jährige

Quellen: Eurostat, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2020 IW Medien / iwd

iwd

Auf die Folgen dieser niedrigen Geburtenraten müssen sich Deutschland und die anderen besonders betroffenen EU-Länder vorbereiten. Zur Demografie-Vorsorge gehört vor allem, die sozialen Sicherungssysteme so weiterzuentwickeln, dass sie auch bei deutlich weniger Beitragszahlern und mehr Leistungsbeziehern funktionsfähig bleiben.

Zuwanderung kann zwar viele Lücken verringern, die durch fehlende Kinder entstehen, oft haben Migranten aber nicht dasselbe Qualifikationsniveau wie die EU-Bürger – zudem können die Zugezogenen wieder in ihre Heimat zurückkehren oder weiterwandern.

Deshalb ist es wichtig sicherzustellen, dass möglichst alle jungen

Leute in Europa jenes Qualifikationsniveau erreichen, dass für eine erfolgreiche Teilhabe am Arbeitsmarkt erforderlich ist.

IW-Report

Wido Geis-Thöne: In Deutschland und der EU leben immer weniger Kinder – Eine Betrachtung der Entwicklungen der letzten 25 Jahre
iwkoeln.de/kinder

Nebenan statt mittendrin

Wohnimmobilien. *Trotz Corona-Pandemie zeigt sich der deutsche Wohnimmobilienmarkt noch immer robust. Allerdings scheint die aktuelle Krise das Umland der deutschen Großstädte attraktiver zu machen, wie eine Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft zeigt.*

Als es im März 2020 in den ersten Lockdown ging, um der Corona-Infektionen Herr zu werden, hätte das wohl kaum jemand für möglich gehalten:

Die Preise für Eigentumswohnungen sind im zweiten Quartal 2020 im Schnitt aller 401 deutschen Landkreise und kreisfreien Städte um 4,3 Prozent gegenüber dem Vorjahr gestiegen.

Viele Beobachter hatten wegen Lockdown, Kurzarbeit und Zukunftsangst fest damit gerechnet, dass die Krise auf den Immobilienmarkt durchschlagen würde. Selbst der Markt für Studentenbuden zeigt sich von der Pandemie laut aktuellen Zahlen unbeeindruckt – trotz Online-Semestern allerorten.

In einer neuen Studie benennt das Institut der deutschen Wirtschaft dafür drei Gründe:

1. Vor allem in den Ballungsräumen herrscht noch immer ein deutlicher Nachfrageüberschuss nach Wohnraum. Das heißt: In den vergangenen Jahren sind viele Menschen aus dem In- und Ausland in die deutschen Metropolen gezo-

gen; das Immobilienangebot konnte nicht so schnell mitziehen – Neubauten brauchen eben Zeit. Durch Corona ist die Nachfrage jetzt zwar etwas gesunken, doch das Missverhältnis von Angebot und Nachfrage besteht fort.

So erklärt sich wahrscheinlich auch, weshalb selbst der Markt für Studentenwohnungen noch nicht zusammengebrochen ist: Es sind schlicht andere Nachfragegruppen in die Lücke gestoßen und mieten lieber eine kleine oder schlecht ausgestattete Wohnung als gar keine.

2. Kaufen statt mieten lohnt sich noch immer. Oder anders gewendet: Wohnimmobilien sind fast überall preislich längst nicht so überbewertet, wie viele Kritiker zuvor immer wieder betont hatten. Deshalb ist der Markt in der Krise nicht zusammengebrochen.

3. Der Lockdown und die Erfahrungen mit Homeoffice und -schooling haben den Nutzen der eigenen vier Wände verdeutlicht. Viele sind deshalb bereit, mehr für das Wohnen auszugeben als vor der Krise. Selbst wenn einige Mieter und

Eigentümer aktuell Einkommenseinbußen hinnehmen müssen, hat sich ihre Zahlungsbereitschaft für eine Wohnung oder ein Haus erhöht.

Vor allem der letzte Grund hat noch weitere Folgen: Wenn die Menschen deutlich mehr von zu Hause arbeiten als früher, pendeln sie seltener und die Entfernung zum Büro wird unterm Strich unwichtiger.

Gepaart mit dem Trend, dass die deutsche Bevölkerung gern auf immer mehr Quadratmetern lebt (siehe iwd 23/2020), macht dies das günstigere Umland gegenüber den Metropolen attraktiver (Grafik):

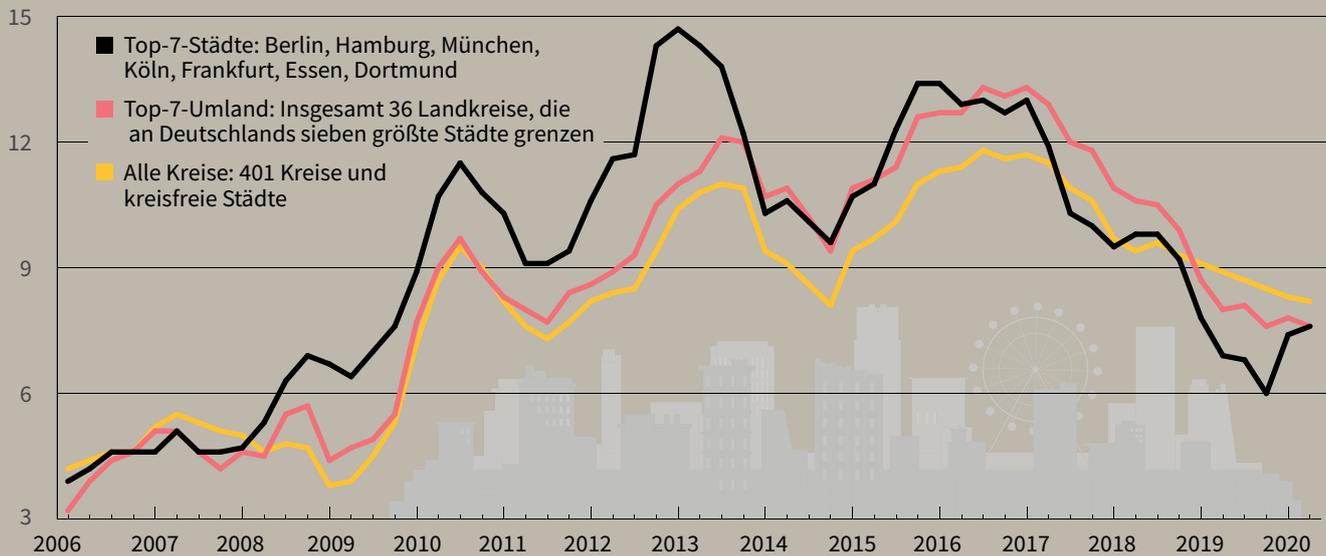
Seit Sommer 2016 liegt der Total Return – das ist die Summe aus Mietrendite und Wertsteigerung – jener 36 Regionen, die an Deutschlands sieben größte Städte grenzen, über dem Wert in den Metropolen selbst.

Unter Mietrendite versteht man das Verhältnis von Jahresmiete zu Kaufpreis. Sie ist ein Maß dafür, wie schnell sich der Erwerb einer Immobilie amortisiert.

Die Wertsteigerung wiederum misst die prozentuale Veränderung

Wohnimmobilien: Umland lohnt sich

Entwicklung des Total Returns – der Summe aus Mietrendite und Wertsteigerung – in Prozent



Mietrendite: Verhältnis von Jahresmiete zu Kaufpreis – Maß dafür, wie schnell sich eine Investition in Wohneigentum amortisiert
Wertsteigerung: prozentuale Veränderung des Kaufpreises gegenüber dem Vorjahr

Quellen: F+B Forschung und Beratung für Wohnen, Immobilien und Umwelt, Institut der deutschen Wirtschaft
© 2020 IW Medien / iwd

iwd

des Kaufpreises gegenüber dem Vorjahr.

Der Total Return ist somit sowohl für Investoren als auch für Selbstnutzer ein geeignetes Maß, um zu entscheiden, wo sie Wohnungen kaufen sollten – und wo eher nicht.

Bis 2013 war der Total Return in Deutschlands sieben größten Städten teils deutlich höher als im Umland. Danach lagen die Metropolen und ihre Speckgürtel dann fast gleichauf – bis es 2016 zur Trendwende kam. Der wesentliche Grund dafür war, dass sich die Kaufpreise in den Städten deutlich erhöht haben, was die Mietrendite dort schmälerte.

Am aktuellen Rand liegen Stadt und Umland nun gleichauf. Das IW sieht darin aber eher einen singulären Effekt als eine dauerhafte Veränderung – die Preise in den Städten haben sich aufgrund weiterer Zinssenkungen und dem Bestreben

vieler Menschen, ihr Vermögen in der Krise wertbeständig abzusichern, noch einmal erhöht.

Das IW geht davon aus, dass in Zukunft weiterhin vor allem das Umland profitiert. Nicht, weil die Preise in den Städten sinken, sondern weil sie langsamer steigen werden als im Umland – aus zwei Gründen:

Erstens ist die Arbeitsmigration deutlich niedriger als früher und es dürfte dauern, bis sie wieder zu alter Stärke zurückfindet. Arbeitsmigranten waren bislang Treiber der Preisentwicklung in den Städten.

Zweitens wollen die Bundesbürger auch weiterhin in größeren Wohnungen leben, was auf dem Land leichter zu realisieren ist als in der Stadt.

In der Summe dürfte das dazu führen, dass sich der Wohnungsmarkt in den Metropolen in den

kommenden Jahren entspannt – allerdings nur, wenn die Bautätigkeit dort nicht einbricht.

Der Blick auf den Total Return offenbart aber noch eine weitere Veränderung:

Seit Herbst 2018 übertrifft der Total Return aller Landkreise und kreisfreien Städte sowohl jenen der sieben größten Städte als auch jenen in deren Umland.

Das liegt zum einen daran, dass die Mietrenditen in gewöhnlichen Landkreisen dank niedriger Kaufpreise entsprechend hoch sind. Zum anderen sind die Renditen auch in weiteren Städten wie den Uni-Standorten Leipzig und Freiburg stark gestiegen.

IW-Kurzbericht

Michael Voigtländer: Höhere Immobilienrenditen im Umland
iwkoeln.de/umlandrendite

Integration ist auch in Corona-Zeiten wichtig

Beschäftigte mit Migrationshintergrund. Mehr als jeder vierte Einwohner Deutschlands hat einen Migrationshintergrund. Unternehmen können zur Integration dieser Menschen beitragen, indem sie systematisch eine Kultur der Vielfalt in ihrer Organisation fördern. Die Corona-Pandemie lässt eine solche Firmenpolitik nicht zur Nebensache werden – im Gegenteil.

Die Corona-Krise trifft viele Unternehmen in Deutschland hart – dies gilt vor allem für das Gastgewerbe und die Arbeitnehmerüberlassung. In diesen Branchen arbeiten zudem besonders viele Menschen mit Migrationshintergrund, sodass

diese überdurchschnittlich von Kurzarbeit oder gar dem Verlust ihres Jobs betroffen sind – mit allen finanziellen, aber auch psychischen Folgen. Vor allem Letzterem können Unternehmen begegnen, wenn sie ihre Mitarbeiter mit Migrationshinter-

grund besonders unterstützen und deren Integration fördern.

Wie gut Unternehmen generell in Sachen kultureller Diversität aufgestellt sind, zeigt eine neue Studie des Kompetenzzentrums Fachkräfte-sicherung (KOFA) im Institut der deutschen Wirtschaft. Demnach beschäftigen derzeit rund 56 Prozent der Unternehmen in Deutschland Menschen mit Migrationshintergrund oder haben dies in den zurückliegenden drei Jahren getan. Bei den Firmen mit mindestens 250 Mitarbeitern beträgt der Anteil sogar mehr als 96 Prozent.

Eine solche Personalpolitik ist in der Regel kein Zufall, sondern von klaren Motiven geleitet (Grafik):

Mehr als 54 Prozent der Unternehmen, die Menschen mit Migrationshintergrund beschäftigen oder vor Kurzem beschäftigt haben, tun dies, weil sie Verantwortung für die Gesellschaft übernehmen wollen.

Fast ebenso viele gehen davon aus, dass ihnen die Beschäftigung dieser Mitarbeiter hilft, als attraktiver Arbeitgeber wahrgenommen zu werden. Auch wenn die Umfragedaten bereits im Sommer 2019

Diversity: Unternehmen zeigen Engagement

So viel Prozent der Unternehmen, die aktuell Menschen mit Migrationshintergrund beschäftigen oder in den vergangenen drei Jahren beschäftigt haben, nannten hierfür diese Motive

Übernahme von gesellschaftlicher Verantwortung



Positionierung als attraktiver Arbeitgeber



Besetzung von (Ausbildungs-) Stellen



Ansprache internationaler Kunden



Etablierung innovativer Arbeitsmethoden im Unternehmen



Pflege von Geschäftskontakten im Ausland



Prozentangaben: Summe aus den Antwortmöglichkeiten „trifft zu“ und „trifft eher zu“
Befragung von 1.259 Unternehmen im Sommer 2019

Quelle: IW-Personalpanel
© 2020 IW Medien / iwd

erhoben wurden, ist dieser Aspekt unverändert aktuell. Denn sobald die Corona-Pandemie überstanden sein wird und die Wirtschaft sich erholt, werden zahlreiche Unternehmen aufgrund des demografischen Wandels wieder Mühe haben, ausreichend qualifiziertes Personal zu finden. Betriebe, die auch heute an ihrer Außendarstellung arbeiten, dürften dann bei der Mitarbeiterrekrutierung die Nase vorn haben.

Im vergangenen Jahr hat gut ein Drittel der Unternehmen Menschen mit Migrationshintergrund auch schlicht deshalb beschäftigt, um freie (Ausbildungs-)Stellen besetzen zu können und damit das nötige Fachkräftepotenzial zu sichern. Allerdings ist es für viele Unternehmen schwierig, Mitarbeiter aus dieser Personengruppe zu finden:

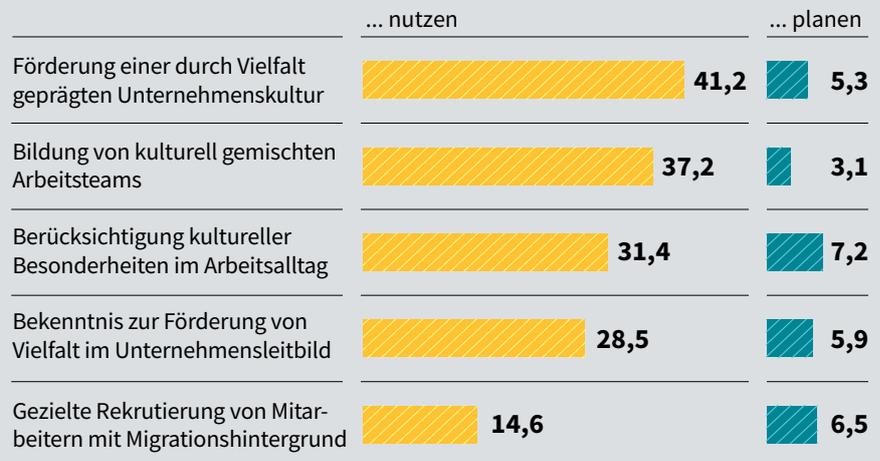
Fast sechs von zehn Unternehmen erhalten keine oder zu wenige Bewerbungen von Menschen mit Migrationshintergrund – kein anderes Beschäftigungshemmnis wird von den Betrieben häufiger genannt.

Gut jedes zweite Unternehmen zögert zudem, Menschen mit Migrationshintergrund einzustellen, weil es aufgrund des Aufenthaltsstatus von ausländischen Mitarbeitern rechtliche Schwierigkeiten befürchtet. Und drei von zehn Firmen geben als Einstellungshemmnis an, nicht zu wissen, wie sie Menschen mit Migrationshintergrund gezielt in ihr Unternehmen integrieren können.

Vor diesem Hintergrund benötigen die Firmen Unterstützung. Viele greifen zwar schon auf Beratungsleistungen der Arbeitsagenturen und

Wie Unternehmen die Vielfalt fördern

So viel Prozent der Unternehmen ... diese Maßnahmen



Auswahl jener Maßnahmen, die von den Unternehmen am häufigsten genutzt werden
Befragung von 1.259 Unternehmen im Sommer 2019

Quelle: IW-Personalpanel
© 2020 IW Medien / iwd

iwd

Jobcenter zurück, nutzen aber offenbar noch nicht alle verfügbaren Informationsquellen. Das ist vor allem für jene Unternehmen von Nachteil, die trotz oder sogar während der Corona-Pandemie auf Fachkräfte aus dem Ausland angewiesen sind – zum Beispiel Firmen aus der Pflegebranche oder der Informationstechnologie. Diese Unternehmen können sich beispielsweise von staatlichen Stellen beraten lassen oder auf die Unterstützung von Willkommenslotsen setzen (Informationen hierzu gibt es unter kofa.de).

Viele Unternehmen sind aber auch längst selbst aktiv geworden – knapp zwei Drittel fördern die Diversität in ihren Reihen mit mindestens einer Maßnahme. Am häufigsten setzen die Firmen bei ihrem Selbstverständnis an (Grafik):

Gut 40 Prozent der Unternehmen fördern bereits Vielfalt als Bestandteil der Firmenkultur, weitere 5 Prozent planen entsprechende Schritte.

Knapp vier von zehn Betrieben bilden gezielt Arbeitsteams, in denen Menschen mit und ohne Migrationshintergrund ihre Kompetenzen bündeln. Und etwa jedes dritte Unternehmen berücksichtigt kulturelle Besonderheiten ihrer Mitarbeiter mit Migrationshintergrund, indem es beispielsweise ein fleischloses Kantinenessen anbietet oder Gebetsräume einrichtet.

KOFA-Studie 3/2020

Christoph Heuer, Sarah Pierenkemper: Kulturelle Vielfalt in Unternehmen – Erfahrungen, Herausforderungen und Erfolgsfaktoren
iwkoeln.de/kulturelle-vielfalt

Impressum



Herausgeber: Institut der deutschen Wirtschaft Köln e.V. · Präsident: Arndt Günter Kirchhoff · Direktor: Prof. Dr. Michael Hüther · Mitglieder: Verbände und Unternehmen in Deutschland · **Redaktionsleiter:** Jork Herrmann (verantwortlich) · **Redaktion:** Berit Schmiedendorf (stellv.), Andreas Wodok (Textchef), Lara Blankenberg, Carsten Ruge, Alexander Weber · **Grafik:** IW Medien GmbH · **E-Mail:** iwd@iwkoeln.de · **Bezugspreis:** € 11,89/Monat inkl. Versand und MwSt., Erscheinungsweise 14-täglich · **Abo-Service:** Friederike Ennsberger, Telefon: 0221 4981-450, ennsberger@iwkoeln.de · **Verlag:** Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH, Postfach 10 18 63, 50458 Köln · Telefon: 0221 4981-0 · **Druck:** Henke GmbH, Brühl · Rechte für Nachdruck oder elektronische Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de · Zur Abwicklung des Vertriebs erforderliche Daten werden nach den Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes verwaltet, E-Mail: datenschutz-iwd@iwmedien.de.

Zahl der Woche

809



Millionen Minuten

pro Tag werden die Bundesbürger im Jahr 2020 telefonieren, schätzt die TK-Marktanalyse der Dialog Consult und des Verbands der Anbieter von Telekommunikations- und Mehrwertdiensten. Dabei ist seit rund zwei Jahren der Mobilfunk das meistgenutzte Netz: 361 der 809 Millionen abgehenden Sprachverbindungsminuten werden hierüber getätigt. Auf das Festnetz entfallen 235 Millionen Minuten pro Tag, der OTT-Verkehr – dazu zählen Verbindungen per WhatsApp, Skype oder FaceTime, die nicht über einen Anschlussnetzbetreiber abgerechnet werden – kommt auf 213 Millionen Minuten täglich. Damit setzt sich der Trend, dass immer mehr mobil oder über OTT-Dienste gesprochen wird, auch in der Corona-Pandemie fort.

Top-Liste: Die Zimmerfrage

In Deutschland lebten im Jahr 2019 rund 6,4 Millionen Menschen in einer zu kleinen Wohnung, das waren 340.000 Personen mehr als im Vorjahr. Unter beengten Wohnverhältnissen leiden vor allem Alleinerziehende und ihre Kinder, armutsgefährdete Personen sowie Alleinlebende; auch Menschen mit ausländischem Pass leben deutlich häufiger auf engem Raum als Deutsche. Als überbelegt gilt Wohnraum beispielsweise dann, wenn das Wohn- auch als Schlafzimmer genutzt wird oder wenn sich drei oder mehr Kinder ein Zimmer teilen müssen. Dies ist vor allem in den Städten der Fall, wo 2019 jeder achte Einwohner in einer überbelegten Wohnung lebte. Im europäischen Vergleich kommt Deutschland allerdings noch vergleichsweise gut weg, die Überbelegungsquote belief sich 2019 hierzulande auf 7,8 Prozent – im Durchschnitt der EU-Staaten betrug sie 17,1 Prozent.

Überbelegte Wohnungen

So viel Prozent der Bevölkerung in der EU lebten 2019 in einer Wohnung, die über zu wenige Zimmer im Verhältnis zur Personenzahl verfügt



Irland, Italien, Slowakei, Vereinigtes Königreich: keine Daten verfügbar

Quelle: Eurostat
© 2020 IW Medien / iwd

iwd

Neu

Neu auf iwd.de:



Die Ausbauziele reichen nicht

Der geplante Ausbau von Solar- und Windenergie wird den künftig steigenden Ökostrombedarf nicht decken können. Der Bundesrat fordert deshalb die Anhebung der Ausbauziele in der aktuellen EEG-Novelle. Warum dadurch nicht nur die Ökostrommenge deutlich stärker steigen dürfte, sondern auch die Förderkosten im Rahmen bleiben würden, lesen Sie auf iwd.de.